



Geschäftsbericht 2010

Inhaltsverzeichnis



Ein aktiver Partner für soziale Sicherheit

Wir beraten kompetent
und erbringen umfassende
Leistungen.

Teamgeist, Leistungsstärke
und ständige Qualifizierung
sind unsere Basis für ein
erfolgreiches Service-Unter-
nehmen.

Mit unserer Betreuung
schaffen wir soziale und
finanzielle Sicherheit.

Vorwort	3
Aufgaben, Unternehmen und Versicherte	4
Prävention: Gesundheit fördern – Risiken vermeiden	6
Rehabilitation und Leistungen	8
Widersprüche, Klagen und Kataster	10
Regress	11
Selbstverwaltung	12
Verwaltung	13
Haushalt	14



Aus Gründen der Vereinfachung und der besseren Lesbarkeit wird weitestgehend die männliche Form verwendet. Wir möchten an dieser Stelle darauf hinweisen, dass dies explizit als geschlechtsunabhängig verstanden werden soll.

Impressum:

© Unfallkasse Berlin 2011

www.unfallkasse-berlin.de

Verantwortlich: Wolfgang Atzler

Redaktion: Kirsten Wasmuth

Umsetzung: eobiont GmbH

Bildnachweis (Seitenzahl in Klammern) v. l. n. r.: ©iStockphoto/acilo (Titel), ©iStockphoto/fotoVoyager (2), UKB/Jan Röhl (3, 3), Corbis/Tim Pannell (4), ImageSource/STOCK4B-RoyaltyFree (4), ©iStockphoto/Lise Gagne (5), ©iStockphoto/Joshua Hodge Photography (6), ©iStockphoto/Sean Locke (7), DGUV/Wolfgang Bellwinkel (8, 9), ©iStockphoto/Beyza Sultan Durma (9), ©iStockphoto/Kuzma (10), UKB/Jan Röhl (11, 13), ©iStockphoto/ollo (11)

Vorwort



Werner Schaberg
(Vorstandsvorsitzender)



Volker Claus
(alternierender Vorstandsvorsitzender)

Liebe Leserinnen und Leser,

mit der Gründung der ersten Berufsgenossenschaften im Jahr 1885 begann die Erfolgsgeschichte der gesetzlichen Unfallversicherung. Im Berichtsjahr begingen die Berufsgenossenschaften und Unfallkassen als Träger der gesetzlichen Unfallversicherung ihr 125-jähriges Jubiläum.

Bei allen Veränderungen und Anpassungen an die veränderten Rahmen- und Lebensbedingungen hat ihr Grundgedanke der Solidargemeinschaft den Wandel der Zeit überdauert. Der Erfolg der gesetzlichen Unfallversicherung beruht auf der solidarischen Zusammenarbeit der Sozialpartner. Damals wie heute gewährt die gesetzliche Unfallversicherung sowohl den Versicherten als auch den Unternehmern umfassende Sicherheit: Versicherte erhalten neben einem stetig verbesserten Arbeitsschutz eine umfassende Absicherung gegen die Folgen von Arbeits-, Schul- und Wegeunfällen – und zwar unabhängig von der Schuldfrage. Unternehmer erhalten eine Haftungsablösung und damit Rechtsicherheit. Das Bewusstsein der Einheit von Prävention, Versicherung und Leistung aus einer Hand wird durch die Zusammenarbeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Selbstverwaltung der Unfallversicherungsträger fortlaufend gestärkt.

Stetige Anpassungen an die veränderten Anforderungen der Arbeitswelt haben die Arbeit der Unfallkasse Berlin auch im Jahr 2010 bestimmt.

Die Präventionsarbeit der Unfallkasse stand ganz im Zeichen der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie (GDA). „Gemeinsam Handeln – jeder in seiner Verantwortung“ – diese Leitlinie prägt seit 2008 das deutsche Arbeitsschutzsystem. Die GDA verfolgt das Ziel, die Sicherheit und die Gesundheit der Beschäftigten bei der Arbeit zu erhalten, zu verbessern und zu fördern sowie eine langfristige Kostenentlastung der Unternehmen und der sozialen Sicherungssysteme zu erreichen. Die gemeinsamen Arbeitsschutzziele und Handlungsfelder wurden federführend durch die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV) unter Beteiligung aller relevanten Arbeitsschutzakteure, insbesondere den Sozialpartnern, erarbeitet und von den Trägern der GDA (Bund, Länder und Unfallversicherungsträger) festgelegt.

Auch im Bereich der Rehabilitation wurde auf veränderte Rahmenbedingungen und neue Herausforderungen reagiert. So hat die DGUV mit der Neuordnung der Heilverfahren die Versorgungsstrukturen modernisiert. Die Neuausrichtung betrifft insbesondere veränderte Anforderungen an die Teilnahme am Durchgangsarztverfahren und an die stationären Heilverfahren, aber auch Anpassungen an Entwicklungen im Vertragsarztrecht, die Etablierung eines neuen Qualitätssicherungssystems und eine Stärkung des Rehabilitationsmanagements.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Unfallkasse Berlin haben mit Unterstützung der DGUV im Projekt „LeiKA – Leistungsabteilung: Konzept Ablaufoptimierung“ Eckpunkte für eine grundlegende Modernisierung der Bearbeitung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten erarbeitet. Mit der schrittweisen Umsetzung des Konzeptes wird das bewährte Prinzip „Rehabilitation mit allen geeigneten Mitteln“ vor Rente weiter gestärkt.

Bei all ihren Aktivitäten lassen sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Geschäftsführung sowie die Organe der Unfallkasse Berlin von der Erkenntnis leiten, dass auch in Zukunft die Integration von Prävention, Heilverfahren sowie beruflichen und sozialen Maßnahmen den Schlüssel darstellt, um eine noch bessere Versorgung für die versicherten Arbeitnehmer und Arbeitgeber sicherzustellen.

Deshalb gilt unser Dank den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, der Geschäftsführung und den Organen der Unfallkasse Berlin. Sie haben sich im vergangenen Jahr für die Belange von Versicherten und Mitgliedsunternehmen in besonderer Weise eingesetzt.

Ihre Vorstandsvorsitzenden
Berlin, im Juli 2011

Aufgaben, Unternehmen und Versicherte

Die Unfallkasse Berlin ist Trägerin der gesetzlichen Unfallversicherung für das Land Berlin.

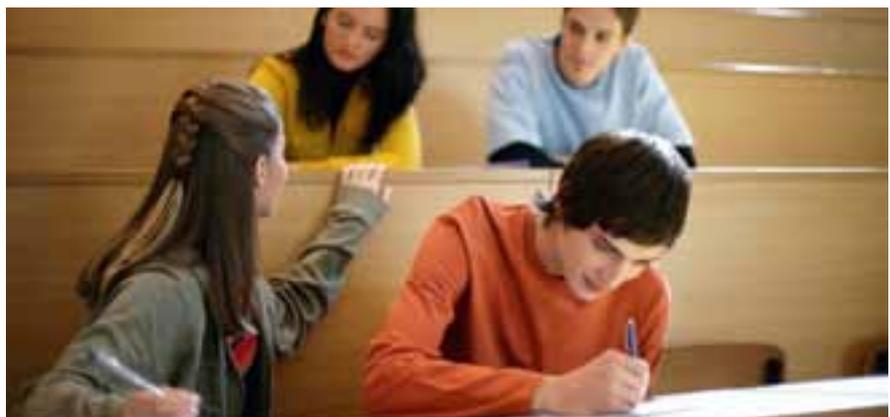
- Sie hat die gesetzliche Aufgabe, Unfällen am Arbeitsplatz, in der Schule und auf den damit verbundenen Wegen vorzubeugen und sie mit allen geeigneten Mitteln zu verhüten. Ebenso soll sie Berufskrankheiten und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren vorbeugen und diese verhindern.
- Sofern ein Arbeitsunfall oder eine Berufskrankheit eingetreten ist, gewährleistet die Unfallkasse Berlin mit allen geeigneten Mitteln die medizinische, berufliche und soziale Rehabilitation.
- Außerdem sichert sie entsprechend ihrem gesetzlichen Auftrag die Verletzten und die unter einer Berufskrankheit Leidenden oder deren Angehörige finanziell ab und entschädigt sie gegebenenfalls.



Versicherte der Unfallkasse Berlin

Anzahl der Versicherten in der Schüler-Unfallversicherung			
Versichertengruppe	2009	2010	
Kinder in anerkannten Tageseinrichtungen	112.694	116.709	
Schüler in staatlichen und privaten allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen	419.793	416.874	
Studierende an staatlichen und privaten Hochschulen	139.534	143.496	
Kinder, die von Tagesmüttern betreut werden	4.665	5.094	
Insgesamt	676.686	682.173	

Die gesetzliche Unfallversicherung ist eine für die Versicherten beitragsfreie Sozialversicherung. Sie wird von den Unternehmen und vom Land Berlin finanziert.



Anzahl der Versicherten in der Allgemeine Unfallversicherung			
Versichertengruppe	2009	2010	
Arbeiter, Angestellte und Auszubildende im Landesbereich sowie der Bezirksämter mit ihren jeweiligen Verwaltungen, Anstalten, nachgeordneten Einrichtungen und Betrieben	61.923	62.412	
Beschäftigte in Unternehmen des Landes, die in selbstständiger Rechtsform betrieben werden	90.668	95.624	
Beschäftigte in privaten Haushaltungen	9.257	9.791	
Beschäftigte in Arbeitsgelegenheiten nach § 16 Abs. 3 SGB II, sog. Zusatz- oder Ein-Euro-Jobs	47.947	48.714	
Unternehmer nicht gewerbsmäßiger „kurzer“ Bauarbeiten	1.000	1.000	
Personen, die in Einrichtungen zur Hilfe bei Unglücksfällen tätig sind	6.609	7.149	
Blutspender in Einrichtungen, die bei der UKB versichert sind	36.533	31.493	
Ehrenamtlich Tätige (z. B. Schöffen, Elternvertreter, Wahlhelfer, bürgerschaftlich Engagierte)	97.540	41.719	
Häusliche Pflegepersonen	45.938	49.075	
Personen, die während des Freiheitsentzugs beschäftigt sind	2.493	2.593	
Sonstige regelmäßig in nicht unerheblichem Umfang Tätige	3.052	3.161	
Insgesamt	402.960	352.731	

Zahl der Versicherten

Wie im Vorjahr kam es in der Schüler-Unfallversicherung im Berichtsjahr zu einer Zunahme im Versichertenbestand. Die Zunahme zum Vorjahr betrug mit insgesamt 5.487 Versicherten rund 0,8 Prozent. Dabei stieg 2010 erneut die Anzahl der Studenten aufgrund der Einrichtung zusätzlicher Studienanfängerplätze im Rahmen des Hochschulpaktes der Länder um 3.962 (rund 2,8 Prozent). Demgegenüber nahm die Schülerzahl um 2.919 (rund 0,7 Prozent) ab.

Bei den Kindern in anerkannten Tageseinrichtungen konnte im Berichtsjahr ein Anstieg der Versichertenanzahl um rund 3,6 Prozent bzw. 4.015 Kinder verzeichnet werden. Auch bei den betreuten Kindern in Tagespflege stieg die Versichertenanzahl im Berichtsjahr um 429 Kinder (rund 9,2 Prozent). Ganz wesentlich steht diese Entwicklung im Jahr 2010 im Zusammenhang mit der Erweiterung des kostenlosen Kita-Besuches im letzten und vorletzten Jahr vor dem Schulbesuch.

Im Jahr 2010 waren in der Allgemeinen Unfallversicherung bei der Unfallkasse Berlin 148 (Vorjahr 142) Dienststellen und Unternehmen in selbstständiger Rechtsform versichert. Die Zahl der abhängig Beschäftigten stieg um 5.445 auf 158.036 Personen (rund 3,6 Prozent). Dieser Anstieg um 3,6 Prozent resultiert unter anderem aus der Zunahme an abhängig Beschäftigten im Zusammenhang mit der Ausfinanzierung der ersten Phase des Hochschulpaktes.

Insgesamt verringerte sich die Versichertenanzahl in der Allgemeinen Unfallversicherung allerdings um 50.229 Personen (rund 12,5 Prozent). Dieser Effekt ist im Wesentlichen auf den Rückgang von ehrenamtlich Tätigen (insbesondere Wahlhelfer) zurückzuführen. Im Berichtsjahr fand keine Landtags- bzw. Bundestagswahl statt.



Prävention: Gesundheit fördern – Risiken vermeiden

Das Jahr 2010 stand im Rahmen der Erfüllung unseres gesetzlichen Auftrags gemäß SGB VII ganz im Zeichen der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie (GDA). Die Abteilung Prävention beteiligt sich an den Arbeitsprogrammen Haut, Büro, Pflege, Sicher Fahren und Transportieren sowie Schule. Während das Arbeitsprogramm Haut schon abgeschlossen werden konnte und das Arbeitsprogramm Büro begonnen wurde, erfolgten bei den restlichen Arbeitsprogrammen intensive Vorbereitungsarbeiten.

In einigen Unternehmen wurde das Arbeitsschutzmanagementsystem „Sicher mit System“ (SMS) als Pilotprojekt mit gutem Erfolg durchgeführt. Es liegen weitere Nachfragen zur Einführung aus anderen Unternehmen vor.



Der seit 2008 eingeführte digitale Führungskräfte-Newsletter wird weiterhin sehr gut angenommen, wie die stetig wachsende Zahl der Abonnenten zeigt.

Seminare

Die Seminartätigkeit ist ein wesentlicher Bestandteil der Präventionsarbeit und beansprucht ca. 20 Prozent der Gesamtressourcen der Abteilung Prävention. Von den 23 neuen Seminaren fanden einige besonders großes Interesse und führten aufgrund der Nachfrage zu zahlreichen Zusatzterminen. Beispielhaft seien hier erwähnt „Die Jüngsten kommen – Betreuung von Kleinstkindern in der Kita“, „Koordinationsschulung für die großen Ballspiele“, „Gesundheit fördern im Lehrerberuf – trotz hoher Belastung gesund bleiben“, „Betriebliches Eingliederungsmanagement“, „Lasereinsatz im Forschungslabor“, „Gesundheitsorientiertes Führen und Umgang mit psychisch auffälligen Mitarbeitern“, „Länger gesünder arbeiten – demografischer Wandel im Unternehmen“, „Betriebsmittelsicherheit in der Praxis“. Aber auch die bereits bewährten Themen wie Süchte, Mobbing, Management oder auch Ladungssicherung fanden ein großes Interesse.

Insgesamt wurden 3.682 Teilnehmer in 225 Seminaren der Abteilung Prävention geschult. Nach wie vor sind In-Haus-Seminare sehr gefragt. Das Seminarprogramm kann im Internet auf der Homepage unter www.unfallkasse-berlin.de eingesehen werden. Hier können Interessierte auch den digitalen Führungskräfte-Newsletter ordern.

Erste Hilfe

Im Jahr 2010 wurden 9.115 Personen aus den versicherten Unternehmen der Unfallkasse Berlin zu Ersthelfern ausgebildet, 3.512 Ersthelfer für die allgemeinbildenden Schulen sowie 5.603 Ersthelfer für Hochschulen, Verwaltungen, Betriebe und Kitas.

Referat Schüler-Unfallversicherung

Ziel der Arbeit dieses Referates ist es, Sicherheit und Gesundheit in Kindertagesstätten und Schulen zu fördern. Die Kitas und Schulen erhalten jährlich mit der Kita- bzw. Schul-Info eine Reihe von aktuell interessanten Präventionsthemen für den Bildungsbereich. 2010 entstand eine Kinderlieder-CD, mit der eine gesunde Entwicklung sogar Spaß machen kann. Anregungen dazu gibt es im zugehörigen Heft mit Liedtexten und Spielvorschlägen.



Entwicklung der kostenverursachenden Unfälle in der Schüler-Unfallversicherung (Kita-Kinder, Schüler und Studenten) in den letzten sechs Jahren

Jahr	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Anzahl der Unfälle	65.017	64.327	61.653	60.393	59.852	62.572
Unfälle pro tausend versicherte Personen	94	95	91	90	88	92

Entwicklung der meldepflichtigen Unfälle in der Allgemeinen Unfallversicherung der letzten sechs Jahre

Jahr	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Anzahl der Unfälle	3.249	3.246	2.656	2.678	2.948	3.748
Unfälle pro tausend versicherte Personen	19	20.9	18	17.2	19.3	23.7

Allgemeine Unfallversicherung

Im Jahr 2010 waren 158.036 abhängig beschäftigte Arbeitnehmer bei der Unfallkasse Berlin versichert. Im Berichtszeitraum ereigneten sich 3.748 Unfälle. Die Tausendmannquote stieg damit dem bundesweiten Trend folgend gegenüber dem Vorjahr auf 23,7 – wobei die Wegeunfälle stärker zunahmen als die Arbeitsunfälle.

Referat Technik und Verwaltung

Im Referat Technik und Verwaltung werden neben den Berliner Verwaltungsbehörden u. a. die Stiftung Oper, die Polizei, die Feuerwehr, die Justiz, die BSR und die Wohnungsbaugesellschaften betreut. Die Aufsichtspersonen beraten die Mitgliedsbetriebe zu allen Fragen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes, insbesondere zur technischen Arbeitssicherheit, Ergonomie, Verantwortung und Organisation.

Schwerpunktmäßig wurden 2010 alle Bezirksämter, einzelne Bereiche der Justiz und die Staatliche Münze Berlin in die Grundlagen des systematischen Arbeitsschutzmanagements „Sicher mit System“ eingearbeitet. Dazu wurde von der Unfall-

kasse Berlin ein Projektplan entwickelt. Er beinhaltet die Erstellung eines Arbeitssystemordners, die Dokumentenprüfung, die Verteilung der Ordner in die Organisationseinheiten, die Aus- und Fortbildung und die Vor-Ort-Verifikation (stichprobenartig).

Referat Gesundheitsdienst und Universitäten

Im Gesundheitsdienst bilden berufsbedingte Hauterkrankungen den Schwerpunkt bei den Berufserkrankungen. Die Verringerung von berufsbedingten Hauterkrankungen ist ein gemeinsames nationales Arbeitsschutzziel im Rahmen der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie. Bund, Länder und Unfallversicherungsträger wollen bis 2012 die Häufigkeit und Schwere von berufsbedingten Hauterkrankungen reduzieren. 2010 lag aus diesem Grund der Schwerpunkt der planmäßigen Besichtigungen auf diesem Arbeitsschutzziel.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit im Referat war die Projektarbeit. 2010 konnte unter anderem das Projekt zur „Einführung von Deeskalationsstrategien“ mit der Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH erfolgreich abgeschlossen werden. Im Rahmen dieses Projekts wurden 50 Deeskalations- und Präventionstrainer ausgebildet sowie fast 1.000 Mitarbeiter geschult. Neben den Schulungsmaßnahmen wurden technische und organisatorische Maßnahmen getroffen sowie Handlungsanleitungen und Schulungsfilme erstellt. Die Weiterentwicklung der Mitarbeiterkompetenz und die Einleitung adäquater Maßnahmen hat zum gestiegenen Sicherheitsgefühl der Mitarbeiter und zur besseren Versorgungsqualität der Patienten beigetragen. Das Unternehmen führt die Maßnahmen fort.

Die zielgruppenspezifische Seminararbeit ist ein wesentlicher Bestandteil der Präventionsarbeit. So kamen im Oktober 2010 in Berlin über 70 Teilnehmer aus den veterinärmedizinischen Fachbereichen aus fünf Bundesländern zusammen, um sich mit dem Arbeits- und Gesundheitsschutz in veterinärmedizinischen Einrichtungen der Hochschulen zu beschäftigen. Ein Themenschwerpunkt war die Gefahrstoffproblematik, auch das Thema Gefährdungsbeurteilung wurde aufgegriffen. Dabei wurde die Gefährdung in der Hufschmiede durch psychische Belastungen sowie beim Umgang mit Pferden näher beleuchtet.

Referat Organisationsentwicklung

Die ständige Weiterentwicklung und Optimierung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes in den versicherten Einrichtungen gelingt am besten, wenn er systematisch und nachhaltig in die Unternehmensabläufe integriert ist. Dabei leisten Arbeitsmediziner, Qualitätsmanager und Arbeitspsychologen des Referats Unterstützung, um Arbeitsschutz- und Gesundheitsmanagement im Betrieb gezielt zu planen, systematisch zu organisieren sowie konsequent und nachhaltig zu betreiben und zu verbessern.

Die Beratung, Unterstützung und Schulung von Fach- und Führungskräften zur Einführung eines Arbeitsschutzmanagements „Sicher mit System“ und von Projekten des Betrieblichen Gesundheitsmanagements „BGM“ erfolgt in enger Abstimmung mit den Fachreferaten, spezifisch und unter Berücksichtigung betrieblicher Belange und Voraussetzungen. So werden angepasste Lösungen gefunden und in die Praxis umgesetzt.



Rehabilitation und Leistungen

Versicherungs- und Leistungsfälle der gesetzlichen Unfallversicherung sind Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten (BK). Als Arbeitsunfälle gelten auch Unfälle



während des Besuchs von Kindertageseinrichtungen, Schulen und Hochschulen.

Versicherte haben einen gesetzlichen Anspruch auf Leistungen zur Heilbehandlung und medizinischen Rehabilitation, auf Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben und am Leben in der Gemeinschaft, auf ergänzende Leistungen und auf Leistungen bei Pflegebedürftigkeit. Die Leistungen zur Heilbehandlung und zur Rehabilitation haben Vorrang vor Rentenleistungen.

Ergänzend zur Rehabilitation stellt die wirtschaftliche Absicherung der Versicherten oder ihrer Hinterbliebenen eine wichtige Aufgabe der Unfallkasse Berlin dar. Sie kann hierzu Geldleistungen in Form von Verletztengeld, Übergangsgeld oder einer Rente gewähren. Verletztenrenten werden gezahlt, wenn infolge des Versicherungsfalls über die 26. Woche nach dem Versicherungsfall hinaus eine Minderung der Erwerbsfähigkeit (MdE) von mindestens 20 Prozent verbleibt.

Aufgabe der gesetzlichen Unfallversicherung ist nach den Vorschriften des Sozialgesetzbuches Siebtes Buch (SGB VII) und Neuntes Buch (SGB IX) die Be-

seitigung, Besserung oder Milderung des durch den Versicherungsfall verursachten Gesundheitsschadens der Versicherten. Ein Ziel ist die Sicherung ihrer Stellung im Arbeitsleben nach ihren Neigungen und Fähigkeiten. Dazu werden auch Leistungen zur Bewältigung der Anforderungen des täglichen Lebens und zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft sowie zur Führung eines möglichst selbstständigen Lebens unter Berücksichtigung von Art und Schwere des Gesundheitsschadens erbracht.

Die Unfallkasse Berlin erfüllt diese Aufgabe durch aktive Steuerung des Heilverfahrens zusammen mit den besonderen Leistungserbringern und Versorgungsverfahren der gesetzlichen Unfallversicherung. Hervorzuheben sind die Durchgangsärzte (D-Ärzte) sowie die zum Verletzungsartenverfahren (VAV) und zur Berufsgenossenschaftlichen Stationären Weiterbehandlung (BGSW) zugelassenen Kliniken und Einrichtungen.

Im Jahr 2010 wurde in der Abteilung Rehabilitation und Leistungen das Projekt „Leika: Leistungsabteilung Konzept Ablaufoptimierung“ aufgelegt. Unter hoher Einbindung der Mitarbeiterinnen und

Unfallgeschehen im Jahr 2010

Schüler-Unfallversicherung			
Gemeldete Unfälle	2009	2010	
Arbeitsunfälle	63.920	65.896	
Wegeunfälle	3.722	4.303	
Gesamt	67.642	70.199	

Allgemeine Unfallversicherung			
Gemeldete Unfälle	2009	2010	
Arbeitsunfälle	11.963	13.618	
Wegeunfälle	2.570	3.315	
Gesamt	14.533	16.933	

Mitarbeiter der Abteilung sowie mit Unterstützung des Spitzenverbandes DGUV im Projektmanagement wurde ein Konzept zur Optimierung von Prozessen und der Organisation erarbeitet. Im Mittelpunkt steht das Ziel, durch effizientere Ablaufgestaltung Ressourcen für ein intensiveres und zielorientierteres Management des Heilverfahrens zu gewinnen.

Entwicklung der Unfallzahlen

Insgesamt wurden 87.132 Unfälle gemeldet, das sind 4.957 mehr als im Vorjahr. In der Allgemeinen Unfallversicherung ist die Zahl der gemeldeten Unfälle auf 16.933 Fälle und die der meldepflichtigen Unfälle auf 3.748 Fälle erneut gestiegen. In der Schüler-Unfallversicherung ist die Zahl der gemeldeten Unfälle auf insgesamt 70.199 Unfälle gestiegen, davon waren 58.621 Schulunfälle und 3.951 schulische Wegeunfälle meldepflichtig.

Im Jahr 2010 ereigneten sich erfreulicherweise keine versicherten Unfälle mit tödlichem Ausgang. Im Vorjahr ereignete sich ein tödlicher Arbeitsunfall in der Allgemeinen Unfallversicherung.

Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und Entschädigung

Die Ausgaben für Rehabilitation und Entschädigung (ohne Renten) für die Allgemeine Unfallversicherung sind auf 12,5 Millionen Euro gestiegen. Den größten Anteil stellen die Ausgaben für ambulante Behandlung mit knapp 5,5 Millionen Euro und stationäre Behandlung mit ca. 2,9 Millionen Euro.

Die Ausgaben für Rehabilitation und Entschädigung (ohne Renten) für die Schüler-Unfallversicherung sind leicht auf ca. 15,5 Millionen Euro gesunken. Auch hier stellen den größten Anteil die Ausgaben für ambulante Behandlung mit 8,9 Millionen Euro und für stationäre Behandlung mit insgesamt rund 4,1 Millionen Euro.

Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben

Für Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben wurden im Geschäftsjahr insgesamt rund 304.000 Euro aufgewendet.

Geldleistungen

Renten

An Rentenleistungen für Versicherte und Hinterbliebene wurden insgesamt rund 16,3 Millionen Euro gewährt.

Insgesamt beträgt der Zuwachs für Rentenleistungen ca. 195.000 Euro. Die Anzahl der zum Ende des Geschäftsjahres gezahlten Renten ist um 22 Fälle auf 3.066 (Vorjahr: 3088) Rentenzahlfälle zurückgegangen.

Verletztengeld

Nach einem deutlichen Rückgang in den Vorjahren sind die Ausgaben auf nunmehr ca. 2,16 Millionen Euro gestiegen.



Rentenleistungen in Millionen Euro

	Rentenleistungen Gesamt	Rentenleistungen Schüler-Unfallversicherung	Rentenleistungen Allgemeine Unfallversicherung
2009	16,1	2,5	13,6
2010	16,3	2,6	13,7

Berufskrankheiten

Berufskrankheiten werden von der Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates durch Rechtsverordnung bezeichnet und in der Liste der Berufskrankheiten aufgeführt. Diese Liste wird nach den Erkenntnissen der medizinischen Wissenschaft kontinuierlich ergänzt.

Im Geschäftsjahr wurden 117 Anzeigen auf Verdacht einer Berufskrankheit erstattet (2009: 142 Anzeigen). Der Schwerpunkt der BK-Meldungen lag mit 87 Fällen weiterhin bei den Hauterkrankungen. In allen Fällen wurden Leistungen zur Verhinderung der Entstehung der Berufskrankheit erbracht. Weitere Schwerpunkte waren Infektionskrankheiten mit 28 Meldungen, Wirbelsäulenerkrankungen mit 21 Fällen und asbestinduzierte Erkrankungen mit 6 Fällen.

13 Berufskrankheiten wurden im Geschäftsjahr anerkannt (Vorjahr: 13). In 4 Fällen der anerkannten Berufskrankheiten wurde eine Rente bewilligt. 7 Versicherte sind im Geschäftsjahr an den Folgen einer Berufskrankheit verstorben.



Widersprüche, Klagen und Kataster

Widersprüche und Klagen

Ist ein Versicherter mit einer Entscheidung (Verwaltungsakt) der UKB nicht einverstanden, kann er dagegen Widerspruch einlegen. Der angegriffene Verwaltungsakt wird dann umfassend auf seine Rechtmäßigkeit, bei Ermessensentscheidungen auch auf seine Zweckmäßigkeit überprüft. Von diesem Rechtsmittel wurde im Jahr 2010 in 266 Fällen Gebrauch gemacht. Die Zahl der eingelegten Widersprüche ist damit gegenüber dem Vorjahr um 53 gestiegen. Dagegen ist die Zahl der Rechtsstreite vor den Sozialgerichten auf einem gleichbleibend hohen Niveau geblieben. Im Berichtsjahr waren vor den Sozialgerichten insgesamt 107 neue Klageverfahren zu bearbeiten.

Kataster

Bei der bestehenden vielfältigen Ausrichtung und Gestaltung von Unternehmen und Einrichtungen ist eine genaue Prüfung der Zuständigkeit der UKB unerlässlich. Diese wird bei der UKB im Bereich Mitgliedschaftswesen/Kataster vorgenommen. So erfolgte im Berichtszeitraum nach eingehender Prüfung die Aufnahme der Betriebssportgemeinschaft Vivantes e. V., wobei ein Versicherungs-

schutz hierbei nur für die Angestellten dieser Gemeinschaft bejaht werden konnte. Weiterhin wurde im letzten Jahr die Labor Berlin – Charité Vivantes GmbH neu in das Mitgliederverzeichnis aufgenommen. Ein wesentlicher Anstieg von Neugründungen, Umstrukturierungen oder Schließungen öffentlicher Unternehmen war jedoch insgesamt nicht zu verzeichnen, so dass eine im Vergleich zum Vorjahr in etwa gleichbleibende Anzahl von versicherten Unternehmen bei der UKB zu verzeichnen ist.

Viele Änderungen gab es aber im Bereich der Schulen. Bedingt durch die Einführung der Sekundarschulen kam es zu Beginn des Schuljahres 2010/2011 zu vermehrten Zusammenlegungen, Umwandlungen und Schließungen von Schulen.

Hinsichtlich der anerkannten Ergänzungsschulen wurde im vergangenen Jahr durch ein sozialgerichtliches Urteil die Auffassung der UKB bestätigt, dass sie für diese Schulen nicht der zuständige Unfallversicherungsträger ist.

Zudem zeigte das vergangene Jahr, dass auch das internationale Sozialrecht und damit die Frage der Anwendbarkeit deutschen Rechts eine zunehmende Rolle spielt, da immer mehr ausländische Arbeitgeber bzw. Unternehmen mit Betriebsstellen im Ausland in Deutschland lebende Arbeitnehmer beschäftigen.

Eine letzte wesentliche Änderung im Bereich der Zuständigkeit ist hinsichtlich der sogenannten Hilfeleistungsunternehmen erfolgt. Nach einem BSG-Urteil ist zu unterscheiden, ob eine Einrichtung eines Unternehmens im Gesundheitsdienst und in der Wohlfahrtspflege tätig ist oder der Hilfe bei Unglücksfällen zuzurechnen ist. Zur vereinfachten Zuständigkeitsabgrenzung wurde hierzu ein Auslegungskatalog mit den betroffenen Hilfeleistungsunternehmen vereinbart.

Im Zuge des Unfallversicherungsmodernisierungsgesetzes sieht der Gesetzgeber seit dem 01.01.2009 vor, dass Arbeitgeber im Rahmen der elektronischen Entgeltmeldung (DEÜV-Verfahren) an die Einzugsstellen (Krankenkassen) die Daten zur gesetzlichen Unfallversicherung parallel an die Rentenversicherung melden. Hierzu wurde in das DEÜV-Verfahren ein Datenbaustein für die gesetzliche Unfallversicherung integriert. Hintergrund dieser Neuerung ist, dass die Betriebsprüfer der Rentenversicherung zukünftig auch die Daten zur Unfallversicherung prüfen sollen.

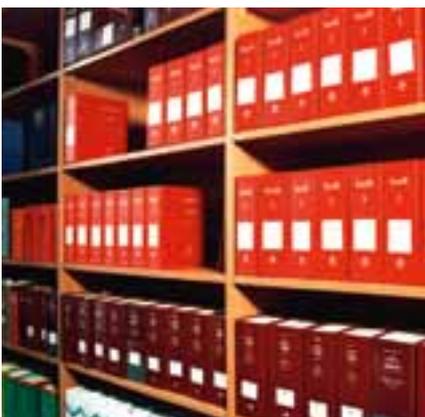
Arbeitgeber in Privathaushalten sind zwar von einer solchen Betriebsprüfung ausgenommen (§ 28p Abs. 10 SGB IV), der Datenbaustein zur Unfallversicherung muss aber für alle Personen ausgefüllt werden, für die eine DEÜV-Meldung abgegeben wird. Der daraus resultierende positive Trend der Neuanmeldungen hielt, wenn auch leicht abgeschwächt, im Kalenderjahr 2010 weiterhin an. Der Erfolg des Jahres 2009 spiegelt sich auch in den folgenden Zahlen wider. Insgesamt waren im Berichtsjahr 7.630 private Haushalte mit ihren 7.695 geringfügig entlohnten Beschäftigten und 1.954 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten gemeldet.



Regress

Der Regress ist ein wichtiger Teil der Refinanzierung in der gesetzlichen Unfallversicherung. Wenn der Arbeits- oder Wegeunfall eines Versicherten durch einen Dritten verursacht wurde oder wenn der Verletzte aufgrund einer Fehlbehandlung durch einen Arzt weitergehende Leistungen vom Unfallversicherungsträger zu beanspruchen hat, wird geprüft, inwieweit sich sein eigener Anspruch gegen den Schädiger (Verursacher) mit den Leistungen der Unfallkasse deckt und deshalb nach § 116 SGB X auf die Unfallkasse übergegangen ist.

Körperschäden werden durch vielerlei Gefahren verursacht. Risiken aus dem Straßenverkehr bilden die Hauptgruppe der Unfallursachen. Körperverletzungen und Glätteunfälle, Verletzungen durch Tiere und mangelhafte Produkte folgen. Ärztliche Behandlungsfehler sind als Regressursache zwar seltener, können aber wegen weitreichender Folgen finanziell große Dimensionen erreichen. Im Berichtszeitraum ist es beispielsweise gelungen, die finanziellen Folgen einer Fehlbehandlung durch Krankenhausärzte beim Haftpflichtversicherer geltend zu machen und voll erstattet zu bekommen. Die Versicherte war im Rahmen ihres tiermedizinischen Studiums von einer Katze gebissen worden. Aufmerksam geworden durch die Behandlungsdauer und Nachfragen bei der Versicherten konnten die Umstände ermittelt und ein Regress eingeleitet werden. Der Versicherten steht nun noch der Weg offen, den Arzt auf Schmerzensgeld zu verklagen.



Sehr hohe Behandlungskosten sind für den Unfallversicherungsträger aus unzähligen Glätteunfällen der beiden Winter des vergangenen Jahres entstanden.

Die Ermittlung der Schädiger bzw. der Streupflichtigen gestaltet sich häufig jedoch schon deshalb äußerst schwierig und zeitaufwendig, da die Verletzten oftmals die genaue Unfallstelle nicht mehr nennen können.

Durch die Schwierigkeiten der Versicherungswirtschaft aufgrund der Situation der Finanzmärkte ist es noch wichtiger geworden, die Sach- und Rechtslage genau zu prüfen, um dann die Haftungsgrundlagen festlegen zu können, da die Regulierungspraxis der Versicherer für die gesetzlichen Unfallversicherungsträger zunehmend größere Hürden aufbaut.

Prozesse sind riskant für beide Parteien. Die Erfahrung hat gezeigt, dass es häufig besser ist, sich mit den Schadensregulierern der Versicherungsgesellschaften und privaten Anspruchsgegnern bei strittigen Fragen, etwa hinsichtlich der Kausalität

der Unfallfolgen oder der Haftungsquoten, außergerichtlich zu einigen.

Die Einnahmen aus Abfindungen nahmen gegenüber dem Vorjahr von 840.000 auf 380.000 Euro ab, da die Anzahl der Einmalzahlungen aufgrund von Abfindungsvergleichen ebenfalls von 74 auf 50 zurückging und hohe Mitverschuldensanteile gegen unsere Versicherten geltend gemacht werden konnten.

Im Berichtszeitraum wurden mit 1.645 neuen Aktenfällen 500 Vorgänge mehr als im Vorjahr angelegt. Auch die Zahl der Fälle, die Regress zur Prüfung vorgelegt wurden, stieg um 1.000 auf 4.195.

Es ist somit kein Rückgang bei den zu bearbeitenden Aktenfällen festzustellen. Sowohl aus dem Berichtsjahr als auch aus den vorangegangenen Jahren gelten noch immer Fälle wegen fortlaufender Behandlung des Verletzten oder verzögerter Regulierung als nicht abgeschlossen.

Die Regress-Einnahmen lagen im Berichtsjahr bei 1,88 Millionen Euro.

Selbstverwaltung

Die Unfallkasse Berlin ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Ihre Organe sind Vertreterversammlung und Vorstand. Diese setzen sich jeweils paritätisch aus gewählten, ehrenamtlich tätigen Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen. Jeweils im Oktober wechselt in den Organen der Vorsitz zwischen Versicherten- und Arbeitgebervertretern.

Die Aufgabe der Vertreterversammlung ist in etwa mit der eines Parlaments vergleichbar: Sie beschließt über das autonome Recht, zum Beispiel über die Satzung oder die Unfallverhütungsvorschriften. Die Bewilligung des Haushalts und die Wahl von Vorstand und Ge-

schaftsführer gehören ebenfalls zu den Aufgaben der Vertreterversammlung.

Der Vorstand, der aus jeweils drei Vertretern der Versicherten- und der Arbeitgeberseite besteht, verwaltet die Unfallkasse Berlin und vertritt sie sowohl gerichtlich als auch außergerichtlich.

Wir danken an dieser Stelle den ordentlichen und stellvertretenden Mitgliedern der Vertreterversammlung und des Vorstands sowie den einzelnen Ausschüssen der Unfallkasse Berlin für ihre ehrenamtliche Tätigkeit.

Delegierte zur Mitgliederversammlung der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV) e. V. sind die Vorstandsmitglieder Jeannette Heymann und Bernd Roschakowski.

Delegierte zur Mitgliederversammlung des Landesverbandes Nord (LV Nordost) und der Unfallbehandlungsstelle (UBS) Berlin sind die Mitglieder der Vertreterversammlung Michael Wiedeburg und Wolfgang Schulz.

Zusammensetzung der Selbstverwaltung* (alphabetische Reihenfolge)

Ordentliche Mitglieder der Vertreterversammlung

Gruppe der Versicherten	Gruppe der Arbeitgeber
Borck, Daniela	Blume, Christian
Dombrowsky, Ulrich	Borchert, Evelyne
Dutschke, Michael	Elsner, Hans-Michael
Goldbeck, Uwe	Hess, Thomas
Krüger-Thiemann, Catrin	Junge, Gerd-Bodo
Skrabs, Sylvia (alternierende Vorsitzende)	Nitsch, Angelika
Wiedeburg, Michael	Reich, Ernst-Ulrich
Witt, Peter	Schulz, Wolfgang (alternierender Vorsitzender)
Zauner, Margrit	Zemke, Frank

Ordentliche Mitglieder des Vorstands

Gruppe der Versicherten	Gruppe der Arbeitgeber
Hauch, Helmfried	Claus, Volker (alternierender Vorsitzender)
Roschakowski, Bernd	Heymann, Jeannette
Schaberg, Werner (alternierender Vorsitzender)	Preuß, Detlev

Ausschüsse der Unfallkasse Berlin

	Versichertenseite	Arbeitgeberseite
Organisationsausschuss	Schaberg, Werner	Claus, Volker
Rentenausschuss	Hauch, Helmfried	Heymann, Jeannette
Widerspruchsausschuss	Wiedeburg, Michael	Elsner, Hans-Michael
Präventionsausschuss	Hauch, Helmfried / Skrabs, Sylvia	Preuß, Detlev / Blume, Christian

* Stand 31.12.2010

Verwaltung

Seit dem 1. Oktober 2009 gilt für die Tarifbeschäftigten der UKB der „Tarifvertrag für die Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer der gewerblichen Berufsgenossenschaften und der Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand (BG-AT)“. Auf Grundlage des „Tarifvertrages über die Anwendung der durch die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV) abgeschlossenen Tarifverträge auf die UKB“ wurden die Beschäftigten in das neue Tarifrecht übergeleitet.

Die Weiterentwicklung der Beschäftigten hat in der UKB einen hohen Stellenwert. Die sich ständig verändernden fachlichen und technischen Herausforderungen machen die gesetzliche Unfallversicherung zu einer ausgesprochen fortbildungsinintensiven Branche. Die Weiterqualifizierung des Personals erfolgt zumeist in der Verwaltungsakademie Berlin und in den drei Ausbildungszentren der DGUV, die mit ihrem speziellen Schulungsangebot den Aus- und Fortbildungsbedarf der Unfallversicherungsträger decken.

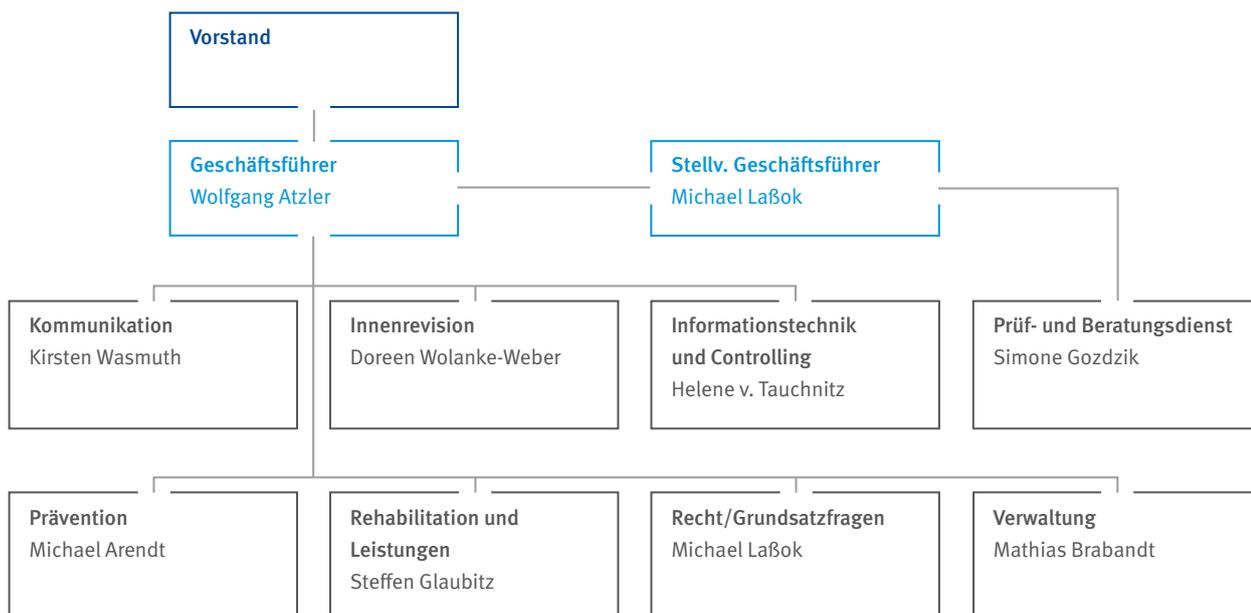
Personalstruktur im Jahr 2010		
Beamte/DO-Angestellte	Tarifbeschäftigte	Auszubildende
12	146	9

Die Ausbildung des Nachwuchses zu Sozialversicherungsfachangestellten erfolgt neben dem betrieblichen Teil in der UKB und dem Berufsschulenteil im Oberstufenzentrum für Wirtschaft und Sozialversicherung auch in den Bildungszentren der DGUV. Im Berichtsjahr schlossen zwei Auszubildende die Ausbildung erfolgreich ab. Sie wurden befristet weiterbeschäftigt.

Die UKB hat im Rahmen des Betrieblichen Gesundheitsmanagements (BGM) eine Mitarbeiterbefragung durchgeführt. Die hieraus gewonnenen Erkenntnisse bilden die Grundlage für weitere Maßnahmen zur Erhaltung und Verbesserung der Gesundheit der Beschäftigten und Auszubildenden am Arbeits- und Ausbildungsplatz.



Organisationsstruktur der Unfallkasse Berlin



Haushalt

Durch das zum 01. Januar 2010 in Kraft getretene Unfallversicherungsmodernisierungsgesetz (UVMG) und die damit verbundene Neugestaltung des Vermögensrechts sind im Bereich Haushalt umfassende Änderungen eingetreten. Neben den Betriebsmitteln und Rücklagen ist nach dem neuen Vermögensrecht ein Verwaltungsvermögen auszuweisen. Die drei Vermögensmassen sind getrennt voneinander auszuweisen und zu führen. Zum Verwaltungsvermögen gehört im Wesentlichen der Bereich des Investitionshaushalts, die Altersrückstellungen und die damit verbundenen Mittel.

Im Einklang mit den Änderungen des Vermögensrechts wurde ebenfalls mit Wirkung zum 01. Januar 2010 ein neuer gesetzlicher Kontenrahmen wirksam. Vor allem im Vermögensbereich (Kontenklassen 0 und 1) gab es zahlreiche Änderungen. In der Übersicht zum Vermögen (Aktiva und Passiva) wurden diese berücksichtigt und die Vorjahreszahlen angepasst. Bei den Übersichten zu den Erträgen und Aufwendungen wurden ebenfalls die Kontenrahmenänderungen angepasst. Weiterhin ist die Trennung der Vermögensmassen ab dem Jahr 2010 in allen Übersichten berücksichtigt worden.

Zur besseren Übersichtlichkeit wurden die Mittel und Zuführungen der Altersrückstellungen auch in den Vorjahreszahlen umgegliedert.

Der Haushaltsplan für das Berichtsjahr 2010 wurde für den Betriebsmittelhaushalt in einer Gesamthöhe von 57.499.783 EUR jeweils für Einnahmen und Ausgaben vom Vorstand am 20. November 2009 aufgestellt und von der Vertreterversammlung am 10. Dezember 2009 festgestellt. Zusätzlich wurden für das Verwaltungsvermögen Einnahmen und Ausgaben in Höhe von jeweils 66.200 EUR geplant.

Aktiva		2006	2007	2008	2009	2010
	KGr	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Sofort verfügbare Zahlungsmittel der Betriebsmittel	00	12.847.530,82	4.023.746,74	147.104,74	9.503.562,06	3.716.874,59
Forderungen der Betriebsmittel	01	-613.931,70	-479.972,65	16.370.289,80	3.390.809,96	3.072.162,07
Geldanlagen und Wertpapiere der Betriebsmittel	02	3.849.911,95	14.000.000,00	2.500.000,00	7.617.747,16	7.760.886,40
Sonstige Aktiva der Betriebsmittel	04	-8.297,99	1.333.062,79	1.356.776,70	1.382.047,47	1.383.015,03
Rücklage	05	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Liquide Mittel und Forderungen des Verwaltungsvermögens (ohne KGr 08)	06	0,00	0,00	0,00	0,00	856.878,30
Bestände des Verwaltungsvermögens	07	0,00	0,00	0,00	0,00	158.909,90
Mittel für die Altersrückstellungen	08	1.332.985,80	1.542.985,80	1.824.832,36	2.218.892,14	2.533.448,73
Rechnungsabgrenzung des Verwaltungsvermögens	09	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Aktiva		17.408.198,88	20.419.822,68	22.199.003,60	24.113.058,79	19.482.175,02

Passiva		2006	2007	2008	2009	2010
	KGr	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Betriebsmittel	10	17.150.077,26	19.584.164,04	15.244.230,35	18.836.972,81	12.450.392,86
Kurzfristige Verpflichtungen, Kredite und Darlehen	11	-1.074.864,18	-707.327,16	5.129.940,89	3.057.193,84	3.482.545,33
Rücklage	15	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Verwaltungsvermögen	16	0,00	0,00	0,00	0,00	954.728,90
Verpflichtungen des Verwaltungsvermögens	17	0,00	0,00	0,00	0,00	30.978,34
Rückstellungen für Altersversorgung	18	1.332.985,80	1.542.985,80	1.824.832,36	2.218.892,14	2.563.529,59
Summe Passiva		17.408.198,88	20.419.822,68	22.199.003,60	24.113.058,79	19.482.175,02

Erträge der Betriebsmittel		2006	2007	2008	2009	2010
	KGr	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Beiträge und Gebühren	20–22	50.272.686,73	51.312.471,93	45.750.711,28	52.077.483,15	49.233.750,44
Einnahmen aus Ersatzansprüchen	35	2.442.186,20	2.324.140,72	2.287.063,34	5.138.539,44	1.621.828,82
Entnahme aus Betriebsmitteln	37	261.458,67	134.394,66	100.000,00	0,00	0,00
Zinsen und sonstige Einnahmen	32, 36, 38, 39	687.875,18	1.131.653,98	1.137.692,36	662.291,30	328.240,22
Summe Einnahmen		53.664.206,78	54.902.661,29	49.275.466,98	57.878.313,89	51.183.819,48

Aufwendungen der Betriebsmittel		2006	2007	2008	2009	2010
	KGr	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Entschädigungsleistungen	40–58	42.266.078,32	40.177.810,08	41.751.521,75	43.568.775,44	45.352.343,17
Prävention	59	2.576.305,14	2.571.006,44	2.609.938,68	2.637.099,08	2.982.535,19
Umlagewirksame Vermögensaufwendungen	63	863,75	1.098,16	75.376,48	136.929,28	1.116,72
Beitragsausfälle und Beitragsnachteile	64, 65	58.191,04	11.605,00	11.901,00	0,00	0,00
Zuführung zu den Vermögen	67	0,00	0,00	0,00	0,00	527.800,00
Sonstige Aufwendungen	69	1.242.821,29	1.493.155,32	1.071.282,78	29.296,41	43.152,37
Persönliche Verwaltungskosten	70, 71	5.921.875,16	5.752.503,39	5.842.207,41	5.843.339,26	6.335.144,70
Sächliche Verwaltungskosten	72, 73	1.349.148,78	1.479.032,89	1.160.473,78	1.109.842,22	1.199.527,64
Sonstige Verwaltungs- und Verfahrenskosten	74–79	858.360,06	847.968,57	992.698,79	960.289,74	810.653,87
Summe Ausgaben		54.273.643,54	52.334.179,85	53.515.400,67	54.285.571,43	57.252.273,66

Erträge des Verwaltungsvermögens		2006	2007	2008	2009	2010
	KA	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Erträge aus Vermögensanlagen des Verwaltungsvermögens (ohne 313)	310	0,00	0,00	0,00	0,00	13.537,53
Erträge aus Mitteln der Altersrückstellungen	313	0,00	0,00	0,00	0,00	54.556,59
Summe Einnahmen		0,00	0,00	0,00	0,00	68.094,12

Aufwendungen des Verwaltungsvermögens		2006	2007	2008	2009	2010
	KGr	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Umlageunwirksame Aufwendungen des Verwaltungsvermögens	61	0,00	0,00	0,00	0,00	10.468,84
Summe Einnahmen		0,00	0,00	0,00	0,00	10.468,84

Im Haushaltsjahr 2010 kam es bei den Entschädigungsleistungen zu einem Anstieg der Kosten um rund 1,8 Mio. EUR, der insbesondere aus dem Anstieg der Unfallzahlen gegenüber dem Vorjahr re-

sultiert. Die im Bereich der Betriebsmittel im Jahr 2010 erstmalig ausgewiesenen Aufwendungen in der Kontengruppe 67 (Zuführung zu den Vermögen) beinhalten die planmäßige Zuführung zum Verwal-

tungsvermögen für die Mittel der Altersrückstellungen und die Mittel zur Durchführung der notwendigen Investitionen.

Unfallkasse Berlin

Culemeyerstraße 2
12277 Berlin
Tel.: 030 7624-0
Fax: 030 7624-1109
unfallkasse@unfallkasse-berlin.de
www.unfallkasse-berlin.de